

INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	2
------------------------	----------

GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR	4
Deutsche Rüstungsexporte	4
Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für das Empfängerland	7
Militärausgaben	8
Lokale Rüstungsindustrie	10
Streitkräftestruktur	11
Bewaffnung der Streitkräfte	12
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	16
Polizei und andere Sicherheitskräfte	17

INFORMATIONEN NACH DEN KRITERIEN DES GEMEINSAMEN STANDPUNKTS	19
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	19
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	20
Innere Lage im Empfängerland	25
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	28
Bedrohung von Alliierten	30
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	30
Unerlaubte Wiederausfuhr	33
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	34

ZUSAMMENFASSUNG

Militärischer Sektor in der Ukraine

Die Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für die Ukraine ist gering. Deutschland exportiert in jüngerer Zeit hauptsächlich Jagd- und Sportgewehre in die Ukraine. 2020 hat es an die Ukraine zusätzlich Tauchgeräte und Container sowie Kommunikations- und Ortungsausrüstung ausgeführt. Unterstützung erhält sie derzeit vor allem durch die USA, auch Hilfe seitens der NATO wurde erbeten. Die Ukraine befindet sich zudem selbst unter den zehn größten Rüstungsexporteurern weltweit und beliefert zahlreiche Staaten. Zwischen 2016 und 2020 war Tschechien wichtigster Lieferant von Großwaffensystemen für die Ukraine, gefolgt von den USA und Polen. Die Rüstungsindustrie der Ukraine ist gut entwickelt. Dies galt bereits zu Zeiten der Sowjetunion. Dennoch weist die ukrainische Rüstungsindustrie einige strukturelle Defizite durch technologischen Rückstand sowie wenig stringente Produktions-, Verwaltungs- und Kompetenzstrukturen auf.

Die ukrainischen Streitkräfte befanden sich in einer Phase der Transformation, während der die Zahl der Soldat*innen von 200.000 auf etwa 130.000 reduziert werden sollte. Dies änderte sich nach der russischen Annexion der Krim 2014 und insbesondere in Folge des militärischen Kampfes gegen die Separatist*innen im Osten der Ukraine. Die ukrainische Armee ist größtenteils mit alten sowjetischen Rüstungsgütern und Kriegsgeschütz ausgestattet. Umfassende Modernisierungsmaßnahmen und Kampfwertsteigerungen seit den 1990er Jahren konnten jedoch die Qualität des Geräts verbessern. Die dazu nötige Technik kam überwiegend aus ukrainischer und russischer Produktion.

Zu Sowjetzeiten galt das Militär als „Verteidiger der Nation“ und war fester Bestandteil der Gesellschaft. Nach dem Ende des Kalten Krieges und der Unabhängigkeit 1990 stand der Staat vor der Aufgabe, die ehemaligen sowjetischen Truppen in eine Armee umzubauen, die in Einklang mit dem neuen demokratischen Staat und der Gesellschaft stehen. Mit der Reform war stets das Ziel verbunden, die Armee als tragende Säule beim Aufbau des Staates und als Element des „nation building“ zu nutzen.

In der Ukraine existieren neben dem Militär zahlreiche weitere Sicherheitskräfte, die hauptsächlich für die interne Sicherheit verantwortlich sind. Die zivile Polizei (genannt „militsiya“) ist dem Innenministerium unterstellt und umfasst verschiedene Einheiten: Die Kriminalpolizei, „Public Safety Police“, Transportpolizei, Spezialeinheiten der Polizei sowie „State Protection Service“. Im Sommer 2015 wurde zudem im Rahmen einer Polizeireform eine neue Einheit mit zunächst rund 2000 Polizist*innen gebildet, die seitdem die korrupte Straßenpolizei ersetzen soll. Mittlerweile ist die Einheit stark gewachsen (etwa 12.000 Personen) und patrouilliert nicht mehr nur in Kiew.

Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts der EU für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern (2008/944/GASP)

Die Ukraine ist den meisten wichtigen Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen beigetreten. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Unabhängigkeit hat

sie sich schnell bereit erklärt, dem Nonproliferationsvertrag beizutreten und bis 1996 alle Nuklearwaffen an Russland zu übergeben. Die Ukraine verfügt hingegen noch immer über ein Arsenal an Streubomben. Den Internationalen Waffenhandelsvertrag hat die Ukraine unterzeichnet, aber bislang noch nicht ratifiziert.

Besonders problematisch ist die Menschenrechtssituation im russisch kontrollierten Teil der Ost-Ukraine, wo es im Zuge des bewaffneten Konflikts mit von Russland unterstützten Milizen zu außergerichtlichen Hinrichtungen, Folter, Entführungen und Einschüchterung durch bewaffnete Gruppen kommt; ukrainisches Militär und Milizen eingeschlossen. Der Krieg in der Ostukraine hat nach Angaben der UN-Menschenrechtsbeobachtermission in Kiew allein von April 2014 bis Ende 2018 zwischen 12.800 und 13.000 Menschen getötet; darunter auch 3.300 Zivilist*innen. Im Sommer 2020 konnte zwar erneut ein Waffenstillstand vereinbart werden. Allerdings kommt es weiterhin zu zahlreichen Verletzungen desselben. Die Beziehungen zu Russland sind in Folge der völkerrechtswidrigen Annexion der Halbinsel Krim durch Russland im März 2014 und der anhaltenden Unterstützung Russlands der pro-russischen Separatist*innen in der Ost-Ukraine schwer belastet. Bis zum Januar 2018 hatte die ukrainische Regierung im Hinblick auf die Kämpfe in den beiden östlichen Gebieten Donezk und Luhansk von einer "Anti-Terror-Operation" gesprochen. Ein im Januar 2018 vom ukrainischen Parlament erlassenes Gesetz betrachtet die beiden Regionen nun als "von Russland besetztes Gebiet". Im März 2014 setzte der Ständige Rat der OSZE die zivile Sonderbeobachtungsmission „Special Monitoring Mission (SMM) to Ukraine“ ein. Deren Mandat wurde 2020 bis Ende März 2021 und daraufhin um ein weiteres Jahr verlängert. Im Dezember 2020 waren rund 720 internationale Beobachter*innen aus 44 OSZE-Staaten in der Ukraine stationiert. Darunter auch 29 Deutsche.

Die Ukraine ist kein unmittelbares Ziel transnationaler Terrorgruppen. Organisierte Kriminalität, insbesondere Menschenhandel, stellt jedoch ein großes Problem dar. Auch gilt die Ukraine als Ursprungs- und Transitland vieler illegaler Waffentransfers, darunter an bewaffnete Akteure in unterschiedlichen Konflikten in Afrika, Osteuropa, Mexiko und dem Nahen Osten.

Der andauernde Gewaltkonflikt im Osten der Ukraine hat zu einer deutlichen Steigerung der Militarisierung des Landes geführt, sodass das Land heute zu den am höchsten militarisierten Staaten weltweit zählt. Die Militärausgaben, gemessen als Anteil des Bruttoinlandproduktes, stieg beispielsweise seit dem Jahr 2010 von 1,9 auf zuletzt 4,1 Prozent (oder in absoluten Zahlen: von etwa 2,2 Mrd. auf rund 6 Milliarden US-Dollar). Die Anzahl des militärischen und paramilitärischen Personals wurde deutlich vergrößert; die bestehenden Großwaffensysteme umfassend modernisiert. Im Ranking des Globalen Militarisierungsindex des BICC belegt das Land für das Jahr 2020 daher Platz 16 von 151 Staaten – 2012 belegte das Land noch den 47. Platz.

GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2020 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
1999	Jagd.- und Sportwaffen: 77,9% Funkgeräte: 12,5%	2,05
2000	Sport.- und Jagdgewehre, Sportpistolen und -revolver: 88,5%	1,56
2001	Sport.- und Jagdgewehre, inkl. -teile: 87,1%	1,13
2002	Sport- und Jagdgewehre, inkl. -teile, Waffenzielgeräte: 70,3% Gepanzerte Geländewagen (Personenschutz) und Munition für Flinten: 21%	1,59
2003	Sport- und Jagdgewehre, inkl. -teile: 84,1% Munition für Jagd- und Sportwaffen, Revolver und Pistolen und Munitionsteile für Jagd- und Sportwaffen: 10,5%	1,93
2004	Sport- und Jagdgewehre, Waffenzielgeräte für Sport- und Jagdwaffen, inkl. Teile: 87,7%	2,30
2005	Jagdgewehre, Sportgewehre und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre: 51% Geländewagen und Teile für Radfahrzeuge: 22,9% Munition für Jagdwaffen, Sportwaffen, Revolver und Pistolen: 15,5%	1,96
2006	Jagdgewehre, Sportgewehre und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre: 61,2% Geländewagen: 28,3%	3,68
2007	Jagdgewehre, Sportgewehre und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre: 66,1% Munition für Jagdwaffen, Sportwaffen und Teile für Jagdwaffenmunition, Sportwaffenmunition: 17,5%	3,66
2008	Infrarot-Beobachtungssysteme: 69,9% Jagdgewehre, Sportgewehre, Sportpistolen und Teile für Maschinengewehre (Deko), Jagdgewehre, Sportgewehre: 19,9%	14,94
2009	Überwachungssysteme und Teile für Überwachungssysteme: 85,2%	15,68
2010	Pistole, Jagdgewehre, Sportgewehre, Flinte, Ladestreifen und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre: 56,2% Geländewagen mit Sonderschutz: 32,0%	3,57
2011	Gewehre ohne KWL-Nummer, Jagdgewehre, Sportgewehre, Selbstladebüchsen, funktionsunfähige Waffen und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre, Selbstladebüchsen: 50% Geländewagen mit Sonderschutz: 31,9%	3,69
2012	Jagdgewehre, Sportgewehre, Selbstladebüchsen, Waffenzielgeräte und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre, Selbstladebüchsen: 58,1%	4,97

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
	Munition für Gewehre, Jagdwaffen, Sportwaffen, Pistolen, Revolver, Flinten und Teile für Gewehrmunition, Jagdwaffenmunition, Sportwaffenmunition, Flintenmunition: 19,8% Geländewagen mit Sonderschutz: 12,3%	
2013	Gewehre ohne KWL-Nummer, Jagdgewehre, Sportgewehre, Selbstladebüchsen, Jagdselbstlade Flinten und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre, Selbstladebüchsen, Jagdselbstlade Flinten: 61,8% Geländewagen mit Sonderschutz und Teile für ballistischen Schutz: 31,4%	4,82
2014	Helme, ballistische Schutzwesten und Einschübe für Schutzwesten: 94,1%	25,40
2015	Stromerzeuger für eine Korvette: 79,9% Multisensorplattform zur Seeüberwachung: 16,3%	5,82
2016	Jagdgewehre, Sportgewehre, Rohrwaffen-Lafetten, Magazine, Mündungsbremsen und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre: 70,2% Munition für Gewehre, Jagdwaffen, Sportwaffen, Flinten und Teile für Jagdwaffenmunition, Sportwaffenmunition, Revolvermunition, Pistolenmunition: 15%	2,58
2017	Jagdgewehre, Sportgewehre, Rohrwaffen-Lafetten, Magazine und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre, Mündungsbremsen: 47% Atemschutzmasken, Detektionsausrüstung und Teile für Detektionsausrüstung: 43,6%	2,73
2018	Jagdgewehre, Sportgewehre, Jagdselbstlade Flinten, Rohrwaffen-Lafetten, Magazine und Teile für Jagdgewehre, Rohrwaffen-Lafetten: 63,7% Container: 20,8%	2,11
2019	Jagdgewehre, Magazine, Rohrwaffen-Lafetten und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre: 42,9% Container und Teile für Container: 28,6% Munition für Jagdwaffen, Sportwaffen und Flinten: 10,4%	2,07
2020	Tauchgeräte, Container und Teile für Tauchgeräte: 40,5% Jagdgewehre, Sportgewehre, Magazine, Schalldämpfer und Teile für Jagdgewehre, Sportpistolen: 25,3% Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Ortungsausrüstung: 19,4%	3,50

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2020, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie <http://www.bmwi.de>

Schaubild 1

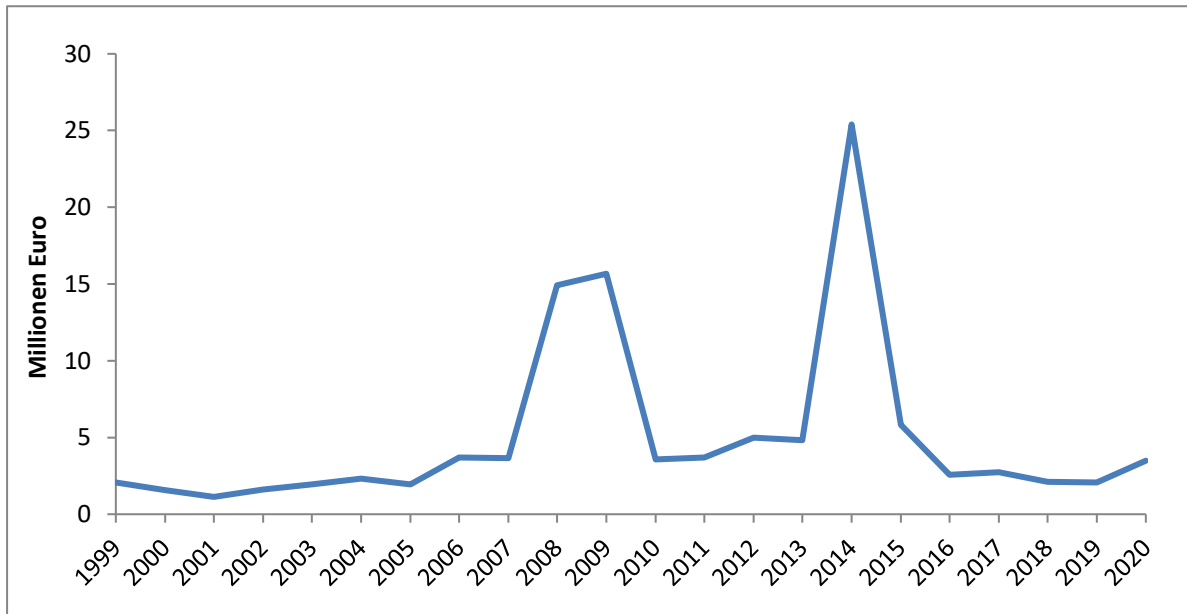
Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2020

Tabelle 2

Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland in die Ukraine 2000-2020

Da in der SIPRI-Datenbank nur komplette Großwaffensysteme erfasst werden, Deutschland zwischen 2000 und 2020 jedoch keine dieser Großwaffensysteme an die Ukraine geliefert hat, finden sich hierzu keine Angaben in der SIPRI-Datenbank.

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, http://armstrade.sipri.org/arms_trade/trade_register.php

Kommentar

Die Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für die Ukraine ist gering. Hauptsächlich liefert Deutschland an die Ukraine Jagd- und Sportgewehre sowie entsprechendes Zubehör. Seit 2005 kam es jedoch zu einem Anstieg der Exportvolumina. So lässt sich der Antwort der Bundesregierung (18/863) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion die Linke im März 2014 entnehmen, dass zwischen 2005 und 2012 knapp 1.300 Ausfuhrgenehmigungen für genehmigungspflichtige Rüstungsexporte in die Ukraine im Umfang von rund 52 Millionen Euro erteilt worden sind. Der Anstieg ist dabei insbesondere auf die Jahre 2008 und 2009 zurückzuführen, in denen Infrarotbeobachtungssystemen und allgemeinen Überwachungssystemen geliefert wurden. Berichten des norwegischen Friedensforschungsinstitutes PRIO zufolge hat Deutschland im Jahr 2009 außerdem für ca. eine Mio. Euro Munition für Klein- und Leichtwaffen in die Ukraine exportiert. Laut UN-Waffenregister bezog die Ukraine ebenfalls im Jahr 2008 einen leichten Hubschrauber des Typs Bo-105 aus Deutschland. Bemerkenswerterweise ist dieses Geschäft in den von

Deutschland an die Vereinten Nationen gemeldeten Informationen nicht aufgeführt. Den Anstieg der Rüstungsexporte in die Ukraine im Jahr 2014 erklärt die Bundesregierung in ihrem Rüstungsexportbericht von 2014 hauptsächlich durch die Lieferung von Helmen und ballistischen Schutzwesten. Seither wurden insbesondere Jagd- und Sportgewehre aus Deutschland in die Ukraine exportiert, so auch 2020. Daneben genehmigte die Bundesregierung 2020 unter anderem die Lieferung von Tauchgeräten und Containern sowie von Kommunikations- und Ortungsausrüstung.

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Höhe der Exporte von Großwaffensystemen in die Ukraine 2016-2020, Mio. USD

Jahr	2016	2017	2018	2019	2020	2016-2020
Summe	25	4	70	26	18	122

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <http://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Tabelle 4

Deutsche Exporte von Großwaffensystemen in die Ukraine 2016-2020, Mio. USD

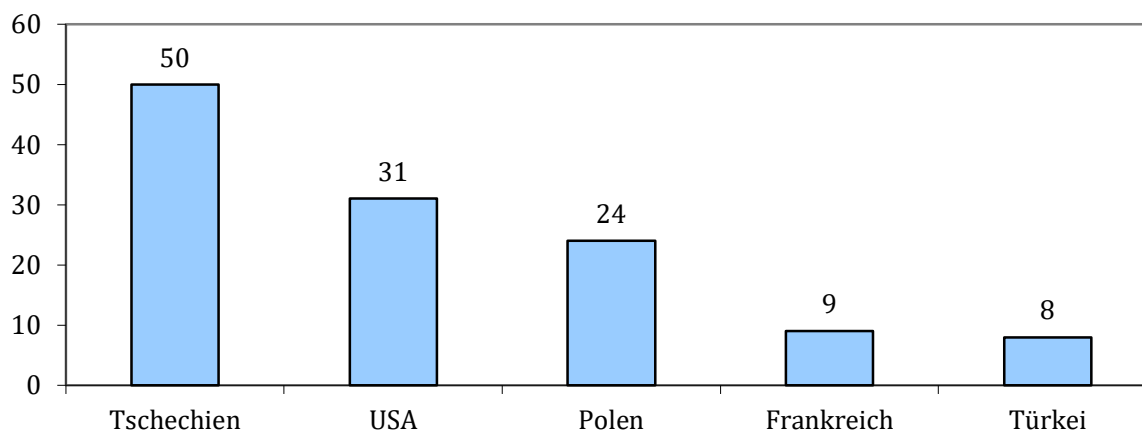
Da Deutschland keine kompletten Großwaffensysteme in die Ukraine liefert, gibt es keine Angaben zu deutschen Lieferungen in der Arms Transfer Datenbank von SIPRI.

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, http://armstrade.sipri.org/armstrade/html/export_values.php

Schaubild 2

Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2016-2020, Mio. USD



Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, http://armstrade.sipri.org/armstrade/html/export_values.php

Kommentar zu den Waffenkäufen

Laut SIPRI-Datenbank (Stand: März 2021) nahm die Ukraine 2016 bis 2020 die 81. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein. Das Land importiert primär Klein- und Leichtwaffen, Munition und technisches Equipment bzw. Komponenten zur Herstellung von Rüstungsgütern und Waffen. Seit der Annexion der Krim durch Russland und den daraus folgenden Spannungen stehen die europäischen NATO-Staaten Waffenlieferungen in die Ukraine kritisch gegenüber, da dies durch Russland als Provokation aufgefasst werden könnte. Unterstützung erhält der ukrainische Staat derzeit vor allem durch die USA, die der Ukraine Hilfe bei der Ausrüstung und Ausbildung von Polizei und Militär zusagten und zudem die Präsenz der US-Truppen in Osteuropa erweiterten. Auch Hilfe seitens der NATO wird erbeten. So wurde im Frühjahr 2015 bekannt, dass das ukrainische Militär mit Hilfe der NATO modernisiert und somit die Kooperation mit NATO-Truppen ausgebaut werden soll. Im Januar 2016 vereinbarten der damalige Präsident Poroschenko und der damalige US-Vizepräsident Joe Biden bei einem Treffen in Davos eine Aktivierung der militärtechnischen Zusammenarbeit.

Seit Beginn der Kämpfe in der Ostukraine haben die USA verstärkt militärisches Equipment und Waffensysteme in die Ukraine geliefert. So lieferten die USA u. a. 2018 210 Panzerabwehrraketen (Typ FGM-148 Javelin), von denen die Ukraine 2020 150 weitere erhielt. Außerdem schenkten die USA der Ukraine 2015 30 gebrauchte gepanzerte Fahrzeuge und 2018 zwei gebrauchte Patrouillenboote. Bis Ende 2021 soll die Lieferung von drei weiteren gebrauchten Patrouillenbooten geschehen. Ungeachtet russischer Proteste schulen die USA seit Herbst 2015 zudem noch mehr ukrainische Sicherheitskräfte. Zudem wurden im Juli 2016 24 unbemannte Flugsysteme zur Aufklärung des Typs AeroVironment RQ-11B Raven geliefert. Seit der russischen Invasion auf der Krim hat Kanada der Ukraine nicht-letale Rüstungsgüter und Ausrüstung im Wert von ca. 524 Millionen US-Dollar zur Verfügung gestellt. Im April 2017 unterzeichneten die beiden Staaten eine Vereinbarung zur Verteidigungskooperation, welche sich insbesondere auf Forschung und Produktion fokussieren wird und keine direkten Zusagen zu Waffenlieferungen in die Ukraine enthält. 2018 exportierte außerdem Tschechien, das zwischen 2016 und 2020 wichtigster Lieferant von Großwaffensystemen für die Ukraine war, 40 gebrauchte Selbstfahrlafetten und 50 gebrauchte BMP-1 Schützenpanzer in die Ukraine. 2019 importierte die Ukraine aus Tschechien 16 weitere gebrauchte Selbstfahrlafetten. Polen exportierte zwischen 2018 und 2020 100 Lenkwaffen vom Typ Warmate, 37 gebrauchte BMP-1 Schützenpanzer sowie 54 gebrauchte gepanzerte Mannschaftstransporter vom Typ MT-LB. Aus Frankreich importierte die Ukraine zwischen 2018 und 2019 drei von insgesamt 12 bestellten gebrauchten EC725 Super Cougar Transporthubschraubern. 2020 orderte die Ukraine außerdem 20 französische FPB-98 Patrouillenboote, von denen fünf in Lizenz in der Ukraine produziert werden sollen. Die Lieferung ist für die Jahre 2021 bis 2024 angesetzt. 2019 lieferte die Türkei ferner sechs von insgesamt 12 geordneten bewaffneten Bayraktar-2 Drohnen.

Militärausgaben

Tabelle 5

Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP (Mio. USD)

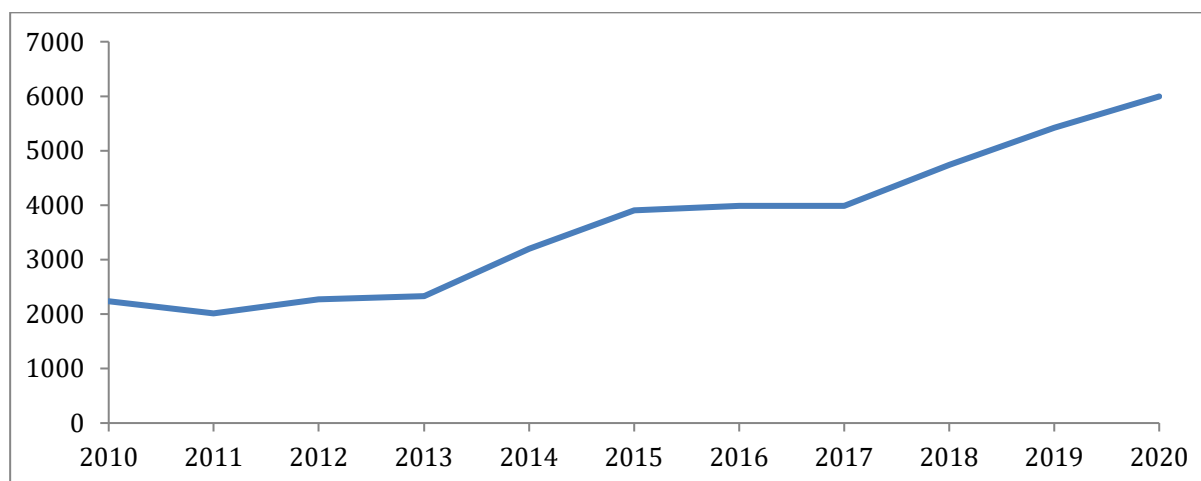
	2016	2017	2018	2019	2020
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	3990	3988	4744	5419	5995
Anteil am BIP (in Prozent)	3,2	2,9	3,2	3,5	4,1
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)	7,8	7,0	7,6	8,5	8,8

Angaben in konstanten Preisen mit 2019 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 3

Absolute Militärausgaben, Trend 2010 – 2020 in Mio. USD

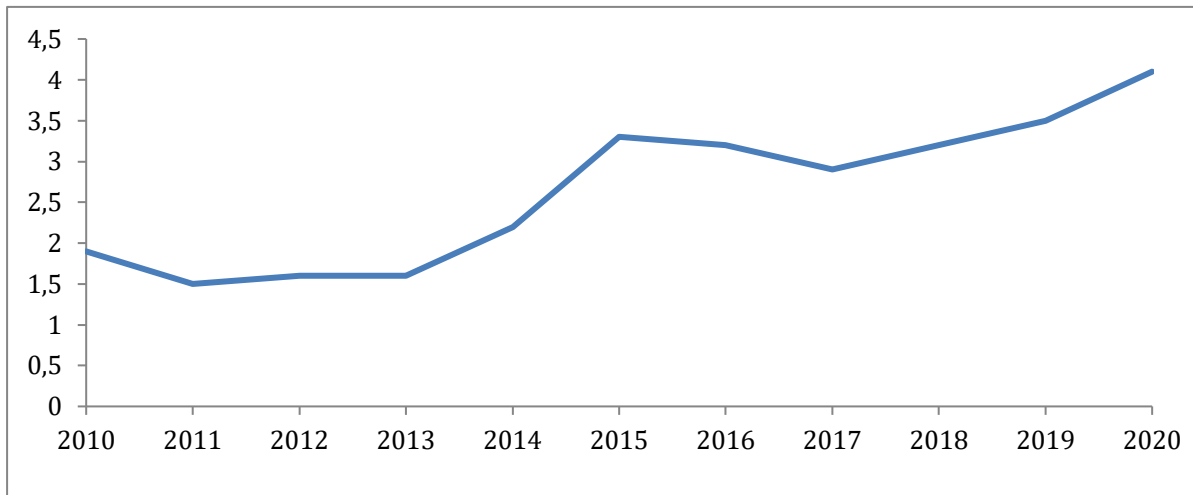


Angaben in konstanten Preisen USD mit dem Basisjahr 2019.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4

Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2010 – 2020 (in Prozent)



Angaben in konstanten Preisen mit 2019 als Basisjahr.
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Lokale Rüstungsindustrie

Die Ukraine verfügte schon zur Zeit der Sowjetunion über eine beträchtliche Rüstungsindustrie. Mit der Unabhängigkeit der Ukraine erbe das Land etwa 25 bis 30 Prozent der gesamten sowjetischen Rüstungsindustrie. Neben selbst produzierten Rüstungsgütern und Waffen beliefert die Ukraine eine Reihe von Staaten mit alten sowjetischen Waffen, insbesondere Länder in Afrika und Asien.

Im Jahr 2008 verabschiedete die Regierung eine Strategie zur Entwicklung der Rüstungsindustrie mit dem Ziel, erneut eigene komplette Produktionsketten für einige Waffensysteme aufzubauen. Damit wollte sie der Importabhängigkeit der Rüstungsindustrie begegnen. Auch wenn die ukrainische Rüstungsindustrie einige strukturelle Defizite durch technologischen Rückstand sowie wenig stringente Produktions-, Verwaltungs- und Kompetenzstrukturen aufweist, bleibt gerade das Exportgeschäft ein wichtiger Stützpfeiler für einige Unternehmen. So profitieren ca. 40 Betriebe direkt vom Exportgeschäft. Rund 250 andere können dadurch hingegen kaum wirtschaftliche Fortschritte verbuchen. Auch die hohe Nachfrage der eigenen Armee, die auf eine gut aufgestellte heimische Rüstungsindustrie angewiesen ist, um ihre Nachfrage zu decken, treibt die Rüstungsproduktion an.

Ein weiteres Charakteristikum der ukrainischen Rüstungsindustrie war ihre enge Verknüpfung mit Russland, von dessen Zulieferungen sie weitgehend abhängig war. Aus diesem Grund hat selbst die proeuropäische Ausrichtung Kiews in den Jahren der orangenen Revolution an der intensiven russisch-ukrainischen Kooperation im militärisch-technischen Bereich nichts geändert. Seit der Annexion der Krim durch Russland und den Konflikten in der Ostukraine brach die Rüstungskoooperation, die rund die Hälfte der ukrainischen Rüstungsexporte ausmachte, jedoch weitestgehend zusammen. So startete

Russland ein groß angelegtes Programm, um ukrainische Produkte zu ersetzen. Bereits angelaufene Projekte werden zum Teil zwar offiziell noch fortgeführt, jedoch wurden diese zumeist faktisch gestoppt oder verzögert, was auch durch die Suche nach alternativen Kooperationspartnern durch die Ukraine unterstrichen wird. Im Osten der Ukraine befinden sich zudem einige der bedeutendsten Zuliefererbetriebe der russischen Rüstungsindustrie. Zwar stoppte die staatliche Rüstungsgesellschaft Ukroboronprom nach der Annexion der Krim sämtliche Lieferungen nach Russland, private Unternehmen aus der Ukraine rüsten aber weiterhin die russische Armee auf.

Ukrainische Rüstungsfirmen können sich regelmäßig große Aufträge weltweit sichern. Dabei umfassen die Geschäfte neben der Lieferung von Militärgütern und -technik aus Arsenalen der ukrainischen Streitkräfte auch die Lieferungen von Teilen zur Endproduktion im Empfängerland sowie Wartungs- und Modernisierungsarbeiten. Rüstungsexporte fallen laut Verfassung ins Aufgabenfeld des Staatsoberhauptes und gelten damit als Handlungsfeld innerhalb der Außenpolitik. Informationen legen nahe, dass die Ukraine über Moldawien Waffen an Armenien verkauft hat. Sowohl die ukrainische als auch armenische Regierung dementierten jedoch diese Meldung.

Im Oktober 2013 gab das ukrainische Unternehmen Ukroboronprom den Beginn eines großangelegten Restrukturierungsprogramms bekannt, wodurch zumindest ein Teil der Missstände innerhalb der ukrainischen Rüstungsindustrie behoben werden soll. Ziel ist es, den gesamten Prozess von der Entwicklung über die Produktion bis hin zum endgültigen Vertrieb staatlich zu steuern. Dadurch soll auch die ukrainische Rüstungsindustrie für gemeinsame Projekte mit anderen Staaten gestärkt werden.

Größtes Unternehmen und größter Rüstungsexporteur ist das staatseigene Unternehmen Ukrspetseksport. Insgesamt sind etwa 90 Prozent der Rüstungsbetriebe Staats Eigentum. Unklare Eigentumsverhältnisse (verschiedene Ministerien) und das Fehlen eines zentralen Koordinationsgremiums haben jedoch erhebliche negative Einflüsse auf die Entwicklungs- und Produktionsfähigkeiten. Zudem wurde im Dezember 2014 bekannt, dass aufgrund der Konflikte mit Russland und dem daraus folgendem Zusammenbruch der Kooperation ca. 30.000 russische Produkte ersetzt werden müssen. Die daraus resultierenden Kosten sind unbekannt. Als Reaktion wurden Rüstungsexporte durch Ukrspetseksport 2014 unterbrochen, auch um sich primär auf die nationale Versorgung mit Militärgütern zu konzentrieren.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Heer, Luftwaffe 18 Monate; Marine 2 Jahre.

Box 1

Gesamtstärke der Streitkräfte

209.000 aktiv, davon:

Heer: 145.000

Marine: 11.000

Luftwaffe: 45.000

Luftüberwachung: 8.000

Spezialeinheiten: k. A.

Reserve: 900.000

Paramilitärische Einheiten: 102.000, davon:

Nationalgarde: ca. 60.000

Grenzschutz: ca. 42.000

Quelle: IISS Military Balance 2021

Tabelle 6
Stärke der Streitkräfte, Trend 2012–2020

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Aktive in 1.000 (IISS)	129	129	121	204	204	204	209	209	209
Soldat*innen auf 1.000 Einwohner*innen (BICC Berechnungen)	2,9	2,9	2,7	4,5	4,5	4,6	4,7	4,7	4,7

Quellen: IISS Military Balance, 2013-2021, World Bank

Kommentar

Nach der Unabhängigkeit der Ukraine im Zuge der Auflösung der Sowjetunion wurde die Notwendigkeit eines Umbaus der ukrainischen Streitkräfte deutlich. So waren die ukrainischen Streitkräfte, ähnlich wie andere Armeen in Nachbarländern, von einem Missverhältnis zwischen der Anzahl hoher Offizier*innen und Mannschaften geprägt. Im Jahr 2004 etwa kamen auf eine*n Offizier*in 2,6 Mannschaftsdienstgrade, während das Verhältnis in modernen Armeen etwa das Doppelte beträgt. Professionalisierung und Effizienzsteigerung waren ein zentrales Ziel der Militärreform und des Umbaus der Streitkräfte. Aus diesem Grund wurde eine Phase der Transformation eingeleitet, welche eine Reduzierung der Stärke der Streitkräfte von 200.000 auf etwa 130.000 Soldat*innen vorsah. Doch auch wenn in vielen Bereichen der Versuch unternommen wurde, westliche bzw. NATO-Standards zu etablieren, war das strukturelle Erbe der Sowjetunion allgegenwärtig. Eine umfassende und weitreichende Reform wurde dadurch erheblich erschwert. Die Verkleinerung der Streitkräfte wurde in Folge des militärischen Einsatzes im Osten des Landes seit Frühjahr 2014 vorerst gestoppt und die Wehrpflicht wieder eingeführt. Der Staat hat jedoch erhebliche Probleme bei der Rekrutierung von Streitkräften, die trotz ausgeweiteten Werbekampagnen und Gesetzesänderungen, z. B. bezüglich Ausreisebedingungen für Wehrpflichtige, fortbestehen.

Das sowjetische Erbe betrifft auch die Waffensysteme, welche teilweise stark veraltet sind und daher in der Vergangenheit zu hohen Verlustquoten, insbesondere bei der Ausstattung der Marine und der Luftwaffe, führten. Auch die Kämpfe im Jahr 2014 führten zu massiven Verlusten.

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	1.990	Davon 1132 eingelagert
Schützenpanzer	1184	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	622	
Aufklärer	547	
Bergepanzer	Mehr als 12	
Brückenlegepanzer	Einige	MTU-20
Pionierpanzer	53	
Artillerie	Mehr als 1901	Davon bis zu 83 2S7 Pion eingelagert
Panzerabwehr	Ca. 500	Anzahl der Geschütze; zusätzlich einige Raketen und Panzerabwehrlenkwaffensysteme (u. a. AT-4 <i>Spigot</i> ; AT-6 <i>Spiral</i>)
Luftabwehr	Mehr als 75	Anzahl der Flugabwehrraketen; zusätzlich einige Geschütze (u. a. ZSU-23-4 <i>Shilka</i>)
Kampfhubschrauber	Ca. 35	
Mehrzweckhubschrauber	1	
Transporthubschrauber	Ca. 23	
Raketen	90	SS-21 Scarab

Quelle: *IISS Military Balance 2021*

Kommentar

Die ukrainische Armee ist größtenteils mit alten sowjetischen Rüstungsgütern und Kriegsgerät ausgestattet. Umfassende Modernisierungsmaßnahmen und Kampfwertsteigerungen seit den 1990er Jahren haben die Qualität des Geräts jedoch verbessern können. Die dazu nötige Technik kam überwiegend aus ukrainischer und russischer Produktion. Geplant ist die Modernisierung bzw. der Austausch der überwiegend vorhandenen T-72 Panzer mit moderneren T-84 Panzern, doch ist dies bis heute nicht vollends gelungen. Ende 2014 wurde bekannt, dass diesbezüglich Gespräche mit Polen geführt wurden, in denen es außerdem um einen Ersatz für die schwimmfähigen BMP-1-Schützenpanzer ging. 2018 wurden hiervon 50 gebrauchte geliefert. Im Juli 2015 erhielt das ukrainische Militär acht modernisierte T-80 Kampfpanzer, die in der Ostukraine eingesetzt werden sollen. Auch 2017 und 2019 erhielten die Streitkräfte eine unbe-

stimmte Anzahl weiterer modernisierter T-80 Panzer. 2019 wurde außerdem bekannt, dass die Aufrüstung einiger T-80 Panzer auf den T-84-Standard im gleichen Jahr begonnen werden soll.

Im Vergleich zu den anderen Teilstreitkräften wird das Heer bei der Entwicklung neuer Waffensysteme bevorzugt, um auf die Anforderungen moderner Kriegsführung reagieren zu können. Um Anschluss an die NATO zu finden und eine Interoperabilität zu erreichen, stiegen die Militärausgaben in den letzten zehn Jahren um mehr als das Doppelte an. Dennoch haben die Bemühungen noch nicht die gewünschten Erfolge erzielt und die Modernisierung wird noch einige Jahre andauern.

Im Januar 2016 vereinbarten der damalige Präsident Poroschenko und der damalige US-Vizepräsident Joe Biden bei einem Treffen in Davos eine Verstärkung der militärtechnischen Zusammenarbeit. Seit Beginn der Kämpfe in der Ostukraine haben die USA verstärkt militärisches Equipment und Waffensysteme in die Ukraine geliefert. So erhielt die Ukraine aus den USA in den letzten Jahren bspw. Mannschaftstransporter und Panzerabwehrraketen. Unter Präsident Biden wurde im März 2021 ein militärisches Hilfspaket in Höhe von 125 Millionen Dollar beschlossen, welches vermutlich noch einmal aufgestockt werden könnte. Seit der Annexion der Krim haben die USA somit mehr als 2 Milliarden US-Dollar an militärischer Hilfe für die Ukraine zugesichert.

Tabelle 8

Marine

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Fregatten	1	
Patrouillenboote	12	
Davon Korvetten	1	
Minenboote	1	
Amphibienfahrzeuge	2	
Logistik und Unterstützung	8	

Quelle: IISS Military Balance 2021

Box 2

Weitere Marineeinheiten

Marineflieger:

2 Flugzeuge zur U-Boot-Abwehr (zurzeit nicht einsatzfähig)

2 Transportflugzeuge (eingelagert)

Mehr als 7 Hubschrauber zur U-Boot-Abwehr

1 Transporthubschrauber

1 Ausbildungshubschrauber

Marineinfanterie:

69 schwere Panzer

Einige Schützenpanzer und gepanzerte Mannschaftstransporter

Einige Artilleriegeschütze

Quelle: IISS Military Balance 2021

Kommentar

Die ukrainische Marine ist mit Abstand die kleinste Teilstreitkraft innerhalb der Armee. Sie hat ihre Einsatzbereitschaft sowohl bei der Küstenverteidigung, bei Unterstützungsaufgaben und bei Kampfeinsätzen im Rahmen multinationaler und NATO-geführter Missionen begrenzt demonstriert. Viele Schiffe sind jedoch aufgrund ihres allgemein schlechten Zustands kaum zu nutzen. Wie beim Heer stammt auch bei der Marine die Ausrüstung größtenteils aus Zeiten der Sowjetunion; die meisten Schiffe wurden in den 1970er und 1980er Jahren gebaut, einige wenige Schiffe in den 1990er Jahren. Ein Bericht über den technischen Zustand der Schiffe aus dem Jahr 2005 kam zu dem Schluss, dass fast alle umgebaut und generalüberholt werden müssten. Grundsätzlich hat sich hieran bis heute wenig verändert.

Im Zuge der Krim-Annexion durch Russland 2014 wurde ein großer Teil der Ausstattung der ukrainischen Marine durch russische Truppen beschlagnahmt, darunter unter anderem 20-25 Schiffe. Nur einige dieser beschlagnahmten Schiffe wurden später zurückgegeben. Generell zeigte sich bei der Annexion der Krim die Schwäche der ukrainischen Streitkräfte. Zwar spielt das Schwarze Meer eine wichtige politische Rolle für die Ukraine, sie verfügt jedoch nicht über die nötigen Seestreitkräfte und nicht über eine kohärente Strategie, um den Küstenschutz gewährleisten zu können.

Um die Marine zu stärken, befindet sie sich derzeit in einer Transformations- und Modernisierungsphase. Das Ziel ist dabei, die Flotten im eigenen Land zu produzieren, mit modernerer Technik auszustatten und sie damit auf ein Niveau zu bringen, das dem der NATO entspricht. Zu den 20 aus Frankreich bestellten Patrouillenbooten, die zwischen 2021 und 2024 geliefert werden sollen, wurde in 2020 ein 600 Millionen US-Dollar schwerer, potentieller Verkaufsvertrag vom US-Außenministerium genehmigt. Dieser umfasst neben 16 Mark VI Patrouillenbooten auch verschiedene Waffen, Sensoren und Kommunikationsgeräte. Im Dezember 2020 wurde zudem ein Vertrag über Technologietransfer bzgl. Drohnen und den Kauf von vier Tarnkappen-Korvetten mit der Türkei bekannt. Der Vertrag könnte bis zu einer Milliarde US-Dollar umfassen.

Tabelle 9

Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Abfangjäger	Ca. 14	
Jagdbomber	71	

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Kampfflugzeuge	Ca. 31	
Aufklärungsflugzeuge	12	Davon ca. 9 kampffähig
Ausbildungsflugzeuge	Ca. 31	
Transportflugzeuge	29	
Hubschrauber (Command & Control)	Ca. 14	
Transporthubschrauber	32	
Luftabwehr	322	
Raketen	Einige	u. a. AA-10A <i>Alamo</i> , AA-11A <i>Archer</i>
Drohnen	6	

Quelle: *IISS Military Balance 2021*

Box 3

Weitere Luftwaffeneinheiten

Airborne Assault Troops:

60 schwere Panzer

Einige Schützenpanzer

Mehr als 180 gepanzerte Mannschaftstransporter

Einige Panzerabwehrraketen

142 Artilleriegeschütze

Einige Luftabwehrgeschütze

Quelle: *IISS Military Balance 2021*

Kommentar

Wie auch die anderen Teilstreitkräfte verfügt die Luftwaffe über größtenteils ehemaliges sowjetisches Kriegsgerät. Die Modernisierung eines Teils der Luftwaffe wurde von einem stetigen Abbau der allgemeinen Kapazitäten begleitet. Über die genaue Anzahl der Flugzeuge gibt es unterschiedliche Angaben. Frühere Berichte gingen von etwa 800 Flugzeugen aus. Im Jahr 2006 begannen umfangreiche Maßnahmen, alte Flugzeuge außer Betrieb zu nehmen und mit den freigesetzten Ressourcen durch Einsparungen bei Instandhaltung die Luftabwehr und die Kommunikationsausrüstung zu modernisieren. Bereits ein Jahr zuvor verabschiedete die Regierung einen Plan, die veraltete Flotte der Kampfflugzeuge mit neueren Modellen zu ersetzen oder ein neues eigenes Kampfflugzeug zu entwickeln. Seit 2014 hat die ukrainische Luftwaffe mehrere Flugzeuge und Hubschrauber in den Kämpfen im Donbass verloren. Von Frankreich erhielt die Ukraine zwischen 2018 und 2019 12 EC725 Super Cougar und 2021 wurde eine Kooperation mit den Vereinigten Arabischen Emiraten zur Entwicklung von Raketensystemen, Flugzeugtriebwerken und Drohnen vereinbart.

Box 4

Paramilitärische Einheiten

Nationalgarde:

Einige schwere Panzer

83 Schützenpanzer

Mehr als 22 gepanzerte Mannschaftstransporter

Einige Panzerabwehrraketen, Artillerie- und Luftabwehrgeschütze

24 Transportflugzeuge

12 Transporthubschrauber

Grenzschutz:

17 gepanzerte Mannschaftstransporter

Maritimer Grenzschutz:

21 Patrouillenboote

1 Logistik- und Unterstützungsschiff

Einige Transportflugzeuge

Einige Hubschrauber zur U-Boot-Abwehr

Quelle: IISS Military Balance 2021

Box 5

Peacekeeping

*Afghanistan (Operation Resolute Support): 13 Soldat*innen*

*Demokratische Republik Kongo (MONUSCO): 259 Soldat*innen*

*Mali (MINUSMA): 9 Soldat*innen*

*Serbien (KFOR): 40 Soldat*innen*

*(UNMIK): 2 Soldat*innen*

*Sudan (UNISFA): 3 Soldat*innen*

*Südsudan (UNMISS): 1 Soldat*in*

*Zypern (UNFICYP): 1 Soldat*in*

Quelle: IISS Military Balance 2021

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Zu Sowjetzeiten galt das Militär als „Verteidiger der Nation“ und war als fester Bestandteil in die Gesellschaft integriert. Nach dem Ende des Kalten Krieges und mit der Unabhängigkeit der Ukraine kam es zu umfassenden und weitreichenden finanziellen Kürzungen, wodurch sich viele Soldat*innen mit einer völlig neuen sozialen Realität konfrontiert sahen. Der Staat stand vor der Aufgabe, die ehemaligen sowjetischen Truppen in eine ukrainische Armee umzubauen, die in Einklang mit dem neuen demokratischen Staat und der Gesellschaft stehen sollte. Mit der Reform war stets das Ziel verbun-

den, die Armee als tragende Säule beim Aufbau des Staates zu nutzen. Damit einhergehen sollte innerhalb der Gesellschaft ein besseres Verständnis für die Aufgaben des Militärs geschaffen und seine Akzeptanz, die durch einen zeitweisen Prestige- und Autoritätsverlust stark eingeschränkt war, erhöht werden. Erschwert wurde dieses Anliegen durch soziale Probleme, wie ein zu niedriger Sold, sowie die desolate Wohnungslage für viele Militärangehörige und ihre Familien. Bis Anfang 2008 hatten immer noch mehr als 50.000 Militärs keine Wohnung. Für die Folgen dieser Missstände, wie Alkoholismus, Befehlsverweigerung oder Korruption, hat die politische Führung noch keine umfassende Lösung gefunden.

Ein kontrovers diskutiertes Thema innerhalb des Landes war lange Zeit die Wehrpflicht. Innerhalb der Gesellschaft herrschte die Ansicht, dass die Armee die Soldat*innen nicht ausreichend trainiert und ausbildet, bedingt durch die chronische Unterfinanzierung der Streitkräfte. Doch nicht nur die schlechte Bezahlung hielt viele junge Leute davon ab, sich freiwillig zum Dienst zu melden. Viele Ukrainer*innen sahen das Militär nicht mehr als Institution, die Werte und „patriotische Pflichten“ vermittelt. Die Wehrpflicht wurde deshalb 2013 abgeschafft, in Folge des militärischen Einsatzes im Osten des Landes seit Frühjahr 2014 jedoch wieder eingeführt. Der Staat hat jedoch erhebliche Probleme bei der Rekrutierung von Streitkräften, die trotz ausgeweiteten Werbekampagnen und Gesetzesänderungen, z. B. bzgl. Ausreisebedingungen für Wehrpflichtige, fortbestehen.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit

	2015	2016	2017	2018	2019
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	1,97	2,58	3,16	4,21	5,13

Angaben in Milliarden US-Dollar. Die Ausgaben für Sicherheit und öffentliche Ordnung wurden von nationalen Währungen in US-Dollar in konstanten Preisen mit dem Basisjahr 2018 umgerechnet.

Quelle: IMF Government Finance Statistics

In der Ukraine existieren neben dem Militär zahlreiche weitere Sicherheitskräfte, die hauptsächlich für die interne Sicherheit verantwortlich sind. Die zivile Polizei (genannt „militsiya“) ist dem Innenministerium unterstellt und umfasst verschiedene Einheiten: Die Kriminalpolizei, „Public Safety Police“, Transportpolizei, Spezialeinheiten der Polizei sowie „State Protection Service“. In der Vergangenheit gab es immer wieder Versuche, die Polizei zu reformieren und einen Bruch mit den sowjetischen Strukturen und Traditionen zu erreichen. Dies ist nicht gelungen und die Polizei bleibt damit in weiten Teilen eine der Institutionen im Land, die sich einem Wandel resistent widersetzt. Internationale Menschenrechtsgruppen forderten vor der Fußball-Europameisterschaft 2012 eine umfassende Polizeireform, um Polizist*innen in Zukunft für ihre Handlungen – etwa für tätliche Angriffe, Folter und andere schwere Vergehen - zur Verantwortung zu ziehen.

Daneben existieren „interne Truppen“ (VV – Vnutrisni Viys'ka Ukrayiny), die zwar militärisch organisiert sind, aber ebenfalls dem Innenministerium unterstehen. Letztere unterstützen mit einer Stärke von etwa 39.000 Personen die Polizei, sollen bei Massenunruhen eingesetzt werden und dienen der Bekämpfung interner Konflikte sowie dem Schutz kritischer Infrastruktur, wie etwa von Atomkraftwerken.

Nach der Auflösung des sowjetischen Geheimdienstes KGB, entstand in der Ukraine der Inlandsgeheimdienst SBU. Wesentliche Aufgaben sind der Schutz der staatlichen Souveränität, der staatlichen Interessen, des wissenschaftlichen (Rüstungs-)Potentials und der Verfassung. Als Strafverfolgungsbehörde bekämpft der SBU ebenfalls organisierte Kriminalität und Terrorismus. Er ist direkt dem*der Staatspräsident*in unterstellt und unterliegt der parlamentarischen Kontrolle, die jedoch nur bedingt ausgeübt wird und wenig effektiv ist. Dieser Mangel und die Größe des Geheimdienstes (bis zu 30.000 Beschäftigte) scheinen seinen Missbrauch durch die jeweiligen Regierungen zu begünstigen. Berichten zufolge wird er immer wieder zur Unterdrückung der Opposition sowie zur Beeinflussung regimekritischer Journalist*innen und Medien genutzt. Zuletzt fokussierte sich der SBU insbesondere auf Korruptionsbekämpfung. Es bestehen jedoch einige strukturelle sowie gesetzliche Defizite, die einen erfolgreichen Kampf erschweren. Generell vertraut die Bevölkerung dem Inlandsgeheimdienst kaum, jedoch mehr als der Polizei. Während das Militär sich weitestgehend aus politischen Prozessen heraushält und eine neutrale Position einnimmt, beeinflussen viele Sicherheitskräfte diese indirekt mit Hilfe von Ermittlungen wegen Steuerhinterziehung oder durch kriminelle Aktivitäten.

Im Sommer 2015 wurde zudem im Rahmen einer Polizeireform eine neue Einheit mit zunächst rund 2000 Polizist*innen gebildet, die seitdem die korrupte Straßenpolizei ersetzen soll. Mittlerweile ist die Einheit stark gewachsen (etwa 12.000 Personen) und patrouilliert nicht mehr nur in Kiew, sondern wurde auf weitere Städte ausgedehnt.

Informationen nach den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Überblick über die Einstufung nach BICC-Datenbank

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Nicht kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Möglicherweise kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Nicht kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Nicht kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Möglicherweise kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Nicht kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC): Rüstungsexport-Datenbank (ruestungsexport.info).

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Äußerer Weltraumvertrag von 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Übereinkommen über Streumunition von 2010	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT) 2014	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch

Kommentar

Die Ukraine ist den meisten wichtigen Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen beigetreten. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Unabhängigkeit hat sich die Ukraine schnell bereit erklärt, dem Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag beizutreten und alle Nuklearwaffen an Russland zu übergeben, was 1996 erfolgreich abgeschlossen wurde. Mit Hilfe der USA hat die Ukraine bis 2001, wie im Start I Vertrag vorgesehen, sämtliche strategischen Bomber, Abschussvorrichtungen für Nuklearwaffen und strategische Marschflugkörper abgerüstet bzw. zerstört. Dennoch lieferten ukrainische Unternehmen Mittelstreckenraketen, auch für den Einsatz mit Nuklearsprengköpfen, an den Iran und nach China. Die Ukraine verfügt noch immer über ein Arsenal an Streumunition und betrachtet diese als legitime Waffe. Sie ist daher dem Übereinkommen über Streumunition von 2010 nicht beigetreten. Den Internationalen Waffenhandelsvertrag hat die Ukraine unterzeichnet, aber bislang noch nicht ratifiziert.

Gegen die Ukraine ist derzeit kein Waffenembargo von Seiten der UN, EU oder OSZE verhängt.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

Box 6

Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis für 2020

Ukraine is a republic with a semipresidential political system composed of three branches of government: a unicameral legislature (Verkhovna Rada); an executive led by a directly elected president who is head of state and commander in chief, and a prime minister who is chosen through a legislative majority and as head of government leads the Cabinet of Ministers; and a judiciary. In April 2019 Volodymyr Zelenskyy was elected president in an election considered free and fair by international and domestic observers. In July 2019 the country held early parliamentary elections that observers also considered free and fair. The Ministry of Internal Affairs is responsible for maintaining internal security and order. The ministry oversees police and other law enforcement personnel. The Security Service of Ukraine is responsible for state security broadly defined, nonmilitary intelligence, and counterintelligence and counterterrorism matters. The Ministry of Internal Affairs reports to the Cabinet of Ministers, and the Security Service reports directly to the president. The Ministry of Defense and Ukrainian armed forces are responsible for defending the country's sovereignty and territorial integrity by deterring armed aggression. The Ministry of Defense ensures sovereignty and the integrity of national borders and exercises control over the activities of the armed forces in compliance with the law. The president is the supreme commander in chief of the armed forces. The Ministry of Defense reports directly to the president. The State Fiscal Tax Service exercises law enforcement powers through the tax police and reports to the Cabinet of Ministers. The State Border Guard Service under the Ministry of Internal Affairs implements state policy regarding border security, while the State Migration Service, also under the Ministry of Internal Affairs, implements state policy regarding migration, citizenship, and registration of refugees and other migrants. Civilian authorities generally maintained effective control over security forces in the territory controlled by the government. Members of the security forces committed some abuses. Significant human rights issues included: unlawful or arbitrary killing; torture and cases of cruel, inhuman, or degrading treatment or punishment of detainees by law enforcement personnel; harsh and life-threatening conditions in prisons and detention centers; arbitrary arrest or detention; serious problems with the independence of the judiciary; abuses in the Russia-led conflict in the Donbas, including physical abuse of civilians and members of armed groups held in detention facilities;

serious restrictions on free expression, the press, and the internet, including violence, threats of violence, or unjustified arrests or prosecutions against journalists, censorship, and blocking of websites; refoulement of refugees; serious acts of corruption; lack of investigation of and accountability for violence against women; violence or threats of violence motivated by anti-Semitism; crimes involving violence or threats of violence targeting persons with disabilities, members of ethnic minority groups, and lesbian, gay, bisexual, transgender, or intersex persons; and the existence of the worst forms of child labor. The government generally failed to take adequate steps to prosecute or punish most officials who committed abuses, resulting in a climate of impunity. Human rights groups and the United Nations noted significant deficiencies in investigations into alleged human rights abuses committed by government security forces. In the Russia-instigated and -fueled conflict in the Donbas region, Russia-led forces reportedly engaged in unlawful or arbitrary killings of civilians, including extrajudicial killings; forced disappearances and abductions; torture and cases of cruel, inhuman, or degrading treatment or punishment. Other significant human rights issues included: harsh and life-threatening prison conditions; arbitrary arrest or detention; political prisoners or detainees; serious problems with the independence of the judiciary; serious restrictions on free expression, the press, and the internet; substantial interference with the freedom of peaceful assembly and freedom of association; severe restrictions of religious freedom; serious restrictions on freedom of movement across the line of contact in eastern Ukraine; restrictions on political participation, including unelected governments and elections that were not genuine, free, or fair; and unduly restricted humanitarian aid. Significant human rights issues in Russia-occupied Crimea included: forced disappearances and abductions; torture and cruel, inhuman, or degrading treatment or punishment of detainees to extract confessions and punish persons resisting the occupation; harsh and life-threatening prison conditions; arbitrary arrest or detention; political prisoners or detainees; serious problems with the independence of the judiciary; arbitrary or unlawful interference with privacy; serious restrictions on free expression, the press, and the internet, including violence, threats of violence, or unjustified arrests or prosecutions against journalists, censorship, and site blocking; substantial interference with freedom of peaceful assembly and freedom of association; severe restrictions of religious freedom; serious restrictions on freedom of movement; restrictions on political participation, including unelected governments and elections that were not genuine, free, or fair; and crimes involving violence or threats of violence targeting lesbian, gay, bisexual, transgender, or intersex persons. Russian occupation authorities in Crimea reportedly continued to engage in widespread violence against and harassment of Crimean Tatars and pro-Ukrainian activists in response to peaceful opposition to Russian occupation (see Crimea sub-report).

*Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2020
<https://www.state.gov/reports/2020-country-reports-on-human-rights-practices/ukraine/>*

Box 7

Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International für 2020/2021

The right to health was compromised by a significant shortage of PPE during the COVID-19 pandemic; families of health workers who died faced bureaucratic obstacles to compensation. Allegations of torture and other ill-treatment, particularly in police custody, continued. Security service officials responsible for secret detention and torture in eastern Ukraine from 2014 to 2016 contin-

ued to enjoy complete impunity. Attacks by groups advocating discrimination against activists and marginalized minorities continued, often with total impunity. Intimidation and violence against journalists were regularly reported. Domestic violence remained widespread; access to support services was negatively affected by strict COVID-19 measures. Both sides in the conflict in eastern Ukraine imposed travel restrictions, impacting the socioeconomic rights of local people. In occupied Crimea, the crackdown on dissent and human rights defenders continued.

Quelle: Amnesty International Report 2020/2021
<https://www.amnesty.org/en/location/europe-and-central-asia/ukraine/>

Box 8

Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2021

Bewertung für die Ukraine auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:

Bürgerliche Rechte: 34/60

Politische Rechte: 26/40

Gesamtbewertung: Teilweise frei (60/100)

Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert*innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 9

Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2021

Ukraine has enacted a number of positive reforms since the protest-driven ouster of President Viktor Yanukovych in 2014. However, corruption remains endemic, and the government's initiatives to combat it have met resistance and experienced setbacks. Attacks against journalists, civil society activists, and members of minority groups are frequent, and police responses are often inadequate. Russia occupies the autonomous Ukrainian region of Crimea, which it invaded in the aftermath of Yanukovych's ouster, and its military supports armed separatists in the eastern Donbas area.

Note:

The numerical scores and status listed here do not reflect conditions in the occupied Ukrainian territories of Crimea and Eastern Donbas, which are examined in separate reports.

Quelle: <https://freedomhouse.org/country/ukraine/freedom-world/2021>

Kommentar

Lange Zeit war es um die Menschenrechte in der Ukraine besser bestellt als in anderen ehemaligen Sowjetrepubliken. Einschränkungen betrafen dann jedoch nach der Wahl Janukowitschs zum Präsidenten im Jahr 2010 vor allem die Medien und die Opposition. So wurden Regierungsgegner*innen verstärkt vom staatlichen Justizapparat verurteilt. Der Inlandsgeheimdienst betrieb darüber hinaus eine Kampagne der Einschüchterung. Während die Ukraine seit den Protesten gegen das Regime Janukowitschs und dessen Absetzung 2014 einige Reformen durchgeführt hat, die auch zu einer Verbesse-

rung der Menschenrechtslage beigetragen haben, bestehen zahlreiche Probleme weiter und es kommt zu Menschenrechtsverletzungen wie zum Beispiel willkürlichen Verhaftungen und Folter. Besonders problematisch ist die Menschenrechtssituation im russisch kontrollierten Teil der Ost-Ukraine, wo es im Zuge des bewaffneten Konflikts mit von Russland unterstützten Milizen zu außergerichtlichen Hinrichtungen, Folter, Entführungen und Einschüchterung durch bewaffnete Gruppen kommt; ukrainisches Militär und Milizen eingeschlossen. Nur in seltenen Fällen kommt es zur strafrechtlichen Verfolgung dieser Verbrechen durch die ukrainische Justiz. Es herrscht weitestgehend ein Klima der Straflosigkeit.

Innere Lage im Empfängerland

Box 10

Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2020 der Bertelsmann Stiftung

To a large extent, the period under review represented a continuation of the previous post-Euromaidan phase. This phase has been characterized by the struggle between reformers, who want to overhaul the entire governance system, and beneficiaries of the old system and structures, who aim to preserve what can be described as a “captured state.” Many reform initiatives launched between 2014 and 2016 continued to be implemented, while new reforms were launched. Yet, at the same time, the implementation of some reforms slowed down or even stalled. According to experts of the independent civil society initiative Reanimation Package of Reforms, decentralization, health care, pension and educational reforms, as well as reform of the army succeeded in 2018. The adoption of the Law on the High Anti-Corruption Court marked an important achievement. Public administration reform also merits recognition, as reform enclaves were established in the executive. [...] The war with Russia continued to shape Ukraine’s domestic agenda and its interactions with international partners. The conflict in Eastern Ukraine continued and leading to new casualties almost daily. The conflict escalated in November 2018 as Russia seized three Ukrainian navy ships in the Kerch Strait, which were traveling from Odessa on the Black Sea to Mariupol on the Azov Sea. As a result of the incident, Ukraine proclaimed martial law for 30 days for the first time in its conflict with Russia. At the time of writing, the 24 Ukrainian sailors captured during the incident remain in detention in Russia. According to opinion polls, the war with Russia and related developments were perceived as the most significant political events in Ukraine in 2018. Some 64 Ukrainian political prisoners are still in jail in Russia. One of the most prominent cases is that of the Ukrainian film director Oleg Sentsov, who was sentenced by a Russian court to 20 years in prison on disputed terrorism charges in 2014. In 2018, Sentsov survived a 145-day hunger strike and was awarded the annual Sakharov Prize of the European Parliament – the first-ever Ukrainian to receive the prize. However, Sentsov remains in prison in Russia. Other important events included the implementation of Ukraine’s Association Agreement with the European Union in September 2017 (after a period of provisional implementation), the granting of visa-free travel in the European Union for Ukrainian citizens in June 2017, the decision of the U.S. Trump administration to start selling (lethal) weapons to Ukraine in December 2017 and the granting of autocephaly to the Ukrainian Orthodox Church by the patriarch in Constantinople in January 2019. These events brought Ukraine closer to the European Union and strengthened its resilience to Russian aggression. Presidential and parliamentary elections, both scheduled for 2019, were important factors

driving political developments in 2018. Various political actors, including President Poroshenko, who is seeking to win a second term, started de facto campaigning long before the official campaign period started. The political scene was rather fragmented with several candidates from the former Orange (anti-Yanukovych) camp, several candidates from the former pro-Yanukovych camp and several new faces. Particular notable has been the sudden emergence of Volodymyr Zelensky, a showman with no political experience. By January 2019, Zelensky was the leading presidential candidate according to public opinion polling, which indicates a strong public demand for new political leadership. There is no common presidential candidate who represents pro-Euromaidan/reform-oriented positions, but is not backed by an oligarch. In short, Ukraine continued to struggle to achieve reform and exercise international influence. Strong civil society, reform enclaves in public authorities and international pressure coupled with financial support and economic growth remained Ukraine's key strengths. Significant resistance to reform inside the country, the rise of populist and conservative forces, and Russian aggression are Ukraine's largest obstacles to transformation.

Quelle: <https://atlas.bti-project.org/>

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2020)

Im Jahresbericht 2020 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamt*innen und Politiker*innen durchgeführt wurden, liegt die Ukraine auf Platz 117 (2019: Platz 126), ranggleich mit Ägypten, Eswatini, Sambia, Nepal und Sierra Leone. Deutschland liegt auf Platz 9.

Quelle: <https://www.transparency.org/en/cpi/2020/table/nzl>

Spannungen und innere Konflikte

In der Ukraine bestehen seit Jahren zwei wesentliche Konfliktstränge, die sich teilweise auch überlappen und in der gegenwärtigen Krise des Landes zum Vorschein kommen: Zum einen existieren politische Loyalitätskonflikte zwischen den ukrainischen Bevölkerungsteilen und den russisch geprägten Bevölkerungsteilen. Zum anderen bestimmen seit Jahren existierende Auseinandersetzungen zwischen pro-westlichen und pro-russischen Fraktionen der politischen Elite wie auch der Bevölkerung die Politik des Landes. Mit der Wahl Viktor Janukowitschs kam im Februar 2010 ein pro-russischer Präsident an die Macht. Die darauffolgenden Jahre waren weiterhin durch Streitigkeiten um die Orientierung der Ukraine – vermehrt in Richtung Russlands oder der EU – bestimmt.

Im November 2013 markierten Proteste in der Bevölkerung den Beginn der gegenwärtig anhaltenden, tiefen ukrainischen Staatskrise. Auslöser für die Protestbewegungen („Euromaidan“) war die Nichtunterzeichnung eines seit 2007 verhandelten Assoziierungsabkommen zwischen der Ukraine und der EU, welches auf dem EU-Ukraine-Gipfel im Dezember 2011 verabschiedet und am 30. März 2012 paraphiert wurde. Kern des Abkommens ist ein umfassendes Freihandelsabkommen, das die nahezu vollständige Öffnung des jeweiligen Binnenmarktes für den Kooperationspartner vorsieht. Im November 2013 lehnte der damalige Präsident der Ukraine, Viktor Janukowitsch, die Vertragsunterzeichnung allerdings überraschend ab – zum Unmut eines großen Bevölkerungsanteils. In der Folge kam es zu den Protesten auf dem Kiewer Platz der Unabhängigkeit („Maidan Nesaleshnosti“), der erstmals am 29./30. November mit brutalen Mit-

teln durch eine Sonderpolizeieinheit geräumt wurde. Es folgten landesweite Massenproteste, die Janukowitsch wiederum gewaltsam unterdrücken ließ. Nachdem die ersten Aktivist*innen ums Leben kamen, antwortete vor allem der Rechte Sektor des Euromaidans mit Gegengewalt. In der Folgezeit kam es zu zahlreichen Gebäudebesetzungen seitens der Demonstrierenden sowie massiven Menschenrechtsverletzungen seitens der Sicherheitskräfte.

Zu dem Zeitpunkt galt die territoriale Integrität des Landes bereits als gefährdet, was insbesondere auf der ukrainischen Schwarzmeerhalbinsel Krim sichtbar wurde. Dort übernahmen am 27. Februar 2014 bewaffnete Akteure, darunter viele russische Soldat*innen ohne Hoheitsabzeichen, die Kontrolle; besetzten Flughäfen, Regierungsgebäude und Truppenstützpunkte, während das prorussische Parlament zeitgleich, unter Anwesenheit bewaffneter Personen, die Regierung absetzte.

Eine Volksbefragung zum zukünftigen Status der Krim wurde eingeleitet und am 16. März stimmte die Mehrheit der Krim-Bewohner*innen für den Beitritt zu Russland. Da offizielle, von Russland bekanntgegebene Zahlen jedoch nicht unabhängig überprüft werden konnten und sie zudem widersprüchlich waren, ist die Legitimität der Abstimmung stark in Frage gestellt. Anfang April kam es infolge dieser Ereignisse auch im Osten des Landes zu Unruhen, wo Aktivist*innen in den Millionenstädten Charkiw und Donezk ebenfalls Referenden über eine Abspaltung forderten und Regierungsgebäude besetzten.

Die Unruhen im Land beschädigten das Verhältnis zwischen Russland und der Ukraine schwer, beschuldigte letztere doch Moskau Provokateur*innen in die Ukraine zu schleusen, welche die Unruhen unterstützten. So soll etwa der separatistische Kommandeur Igor Girkin dem russischen Militärgeheimdienst GRU angehören.

Am 18. April 2014 einigten sich die USA, Russland, die Ukraine und die EU schließlich auf einen Friedensfahrplan unter der Voraussetzung, dass die Separatist*innen in der Ostukraine die besetzten Gebäude räumen und ihre Waffen niederlegen. Da diese Anweisung allerdings missachtet wurde, setzte die Regierung in Kiew ihren Militäreinsatz fort. Dies wiederum veranlasste Russland, die militärische Präsenz auf ukrainischem Territorium auszubauen. Am 11. Mai stimmten auch die Provinzen Luhansk und Donezk (Ostukraine) in einem Referendum über eine Abspaltung ab, die durch 89 Prozent der Wähler*innen befürwortet worden sein soll. Die separatistischen Führungsfiguren erklärten die Unabhängigkeit der Volksrepubliken Donezk und Luhansk, die von der EU und den USA nicht anerkannt, von russischer Seite hingegen bestätigt wurden.

Das Minsker Protokoll vom 5. September 2014 und das Minsker Memorandum vom 19. September 2014 sahen unter anderem eine Feuerpause, den Abzug schweren Geräts und besondere Selbstverwaltungsrechte auf lokaler Ebene für einige Teile der Ostukraine vor. Eine OSZE-Mission sollte die Waffenruhe überwachen. Dennoch kam es immer wieder zu bewaffneten Auseinandersetzungen. Daran änderte auch der erneuerte Waffenstillstandsvertrag vom 12. Februar 2015 (Minsk II) nicht viel, zu dessen Scheitern die OSZE die Separatist*innen verantwortlich machte.

Auch in den Jahren 2016 bis 2018 kam es immer wieder zu Verletzungen des Waffenstillstands. Im April 2019 wurde dann Wolodymyr Selenskyj zum neuen Präsidenten der Ukraine gewählt. Im Dezember 2019 kam es in Paris zu erneuten Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine, um unter Vermittlung von Frankreich und Deutschland einen dauerhaften Waffenstillstand zu erzielen. Im Zuge des Führungswechsels in

Kiew konnten bereits ein beidseitiger Gefangenenaustausch, die Rückgabe von Patrouillenbooten sowie eine Truppenentflechtung (Rückverlegung von 1000 Metern, Minenräumung) ausgehandelt werden. Im Sommer 2020 konnte erneut ein Waffenstillstand ausgehandelt werden, allerdings kam es schon nach kurzer Zeit wieder zu Verletzungen desselben. Allerdings ging deren Anzahl im Vergleich zu den Vorjahren deutlich zurück. So reduzierte sich deren Zahl nach Angaben der OSZE nach dem in Minsk vereinbarten Waffenstillstand ab dem 27. Juli für die Monate August, September und Oktober 2020 um 95 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Das Fernziel bleibt die Umsetzung des Minsker Abkommens.

Im Jahr 2021 kam es zweimal zu massiven Truppenmassierungen in der Nähe der ukrainischen Grenze. Berichten zufolge sollen allein zwischen November und Dezember dieses Jahres zwischen 70.000 und 100.000 Soldat*innen, schweres Kriegsgerät sowie medizinische Versorgungseinrichtungen und entsprechende Logistik auf russischer Seite in die Grenzregion gebracht worden sein. Von Seiten der Nato wurde die Very High Readiness Joint Task Force (VJTF) in Alarmbereitschaft versetzt, um einen möglichen Angriff auf die Ukraine begegnen zu können. Hintergrund für die russischen Truppenaufstockungen soll die mangelnde Bereitschaft Kiews sein, die Minsker Vereinbarung umzusetzen. Diese würde beinhalten, dass die Ukraine zwei separatistisch kontrollierte Regionen unter „Sonderstatus“ wieder aufnimmt – was aus Sicht Kiews eine Untergrabung ihrer Souveränität bedeuten würde. Zudem forderte der russische Präsident Putin Garantien, dass die Nato nicht weiter gen Osten erweitert werden soll. Die Ukraine und Georgien sind derzeit um einen Beitritt bemüht.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Die Ukraine liegt im Osten Europas und grenzt im Norden und Westen an Belarus, Polen, die Slowakei, Ungarn, Rumänien und Moldawien. Im Osten verfügt die Ukraine über eine lange gemeinsame Landgrenze mit Russland. Im Süden grenzt das Land an das Schwarze Meer und verfügte bis zur russischen Annexion der Krim mit Sewastopol über einen strategisch wichtigen Hafen, der von der russischen Schwarzmeerflotte genutzt wurde. Seit sich die Halbinsel am 2. März 2014 von der Ukraine abspaltete und für unabhängig erklärte gilt ihre völkerrechtliche Zugehörigkeit für die meisten europäischen Staaten als rechtswidrig. Ein Referendum am 16. März 2014 bestätigte anschließend die Angliederung an Russland, woraufhin die Republik Krim und die Russische Föderation am 18. März 2014 einen Vertrag über die Eingliederung der Krim in die Russische Föderation unterschrieben. Expert*innen erklären diesen Vorgang allerdings für völkerrechtswidrig, von der internationalen Gemeinschaft wird er nicht anerkannt.

Politische Situation in der Region

Die derzeit größten Spannungen in der Region bestehen zwischen der Ukraine und Russland. Die Beziehungen der beiden Staaten sind schon seit geraumer Zeit angespannt. Zwischen 2005 und 2010 war zunächst der Gaspreis Anlass für Konflikte zwischen Russland und der Ukraine, in Folge derer Russland zeitweilig die Lieferung von Gas dorthin stoppte. Die Konfliktparteien konnten sich jedoch im April 2010 auf eine 30-

prozentige Preisreduzierung für die Ukraine einigen, für die diese im Gegenzug den Nutzungsvertrag für die russische Marinebasis Sewastopol im Schwarzen Meer verlängerte.

Derzeit befindet sich die Ukraine aufgrund der russischen Annexion der Krim sowie der Unterstützung für die Separatist*innen im Osten des Landes erneut im Konflikt mit Russland (siehe Kapitel „[Spannungen und innere Konflikte](#)“). Bis zum Januar 2018 hatte die ukrainische Regierung im Hinblick auf die Kämpfe in den beiden östlichen Gebieten Donezk und Luhansk von einer "Anti-Terror-Operation" gesprochen. Ein im Januar 2018 vom ukrainischen Parlament erlassenes Gesetz betrachtet die beiden Regionen nun als "von Russland besetztes Gebiet".

Am 25. November 2018 beschossen russische Sicherheitskräfte drei ukrainische Schiffe in der Meerenge von Kertsch und enterten diese. Die Ukraine verhängte daraufhin am 26. November 2018, zunächst für die Dauer von 30 Tagen, das Kriegsrecht. Der Krieg in der Ostukraine hat nach Angaben der UN-Menschenrechtsbeobachtermission in Kiew allein vom April 2014 und bis Ende 2018 zwischen 12.800 und 13.000 Menschen getötet; darunter auch 3.300 Zivilist*innen.

Grenzkonflikte

Im Jahr 2009 konnte durch einen Gerichtsbeschluss des Internationalen Gerichtshof ein langer Grenzkonflikt zwischen Rumänien und der Ukraine beigelegt werden. Umstritten waren angrenzende Seegebiete bzw. der Zugang zum Schwarzen Meer, die zum Vorteil Rumäniens entschieden wurden. Beiden Staaten haben aber die Möglichkeit, die natürlichen Ressourcen (Öl und Gas) auszubeuten. Beide Regierungen hatten bereits vor der Entscheidung angekündigt, das Ergebnis zu akzeptieren.

Ungelöst bleibt hingegen ein Konflikt zwischen Russland und der Ukraine über die Zugehörigkeit der Straße von Kertsch, die das Asowsche Meer und das Schwarze Meer verbindet. Die Ukraine beansprucht aufgrund historischer Zugehörigkeit die Kontrolle über die Wasserstraße, Russland beansprucht aber de facto die Kontrolle durch die Annexion der Krim. Für Russland ist sie ein wirtschaftlich wichtiger Faktor, da viele Frachtschiffe sie passieren. Beide Seiten verhandeln zwar seit Jahren über die endgültige Abgrenzung des Gebiets, eine Einigung konnte jedoch bis heute nicht erreicht werden. Zusätzlich zu diesem Konflikt besteht nun der Streit um die Zugehörigkeit der Krim-Halbinsel nach der russischen Annexion sowie um die beiden Provinzen Luhansk und Donezk, welche die Ukraine mittlerweile als „von Russland besetztes Gebiet“ betrachtet.

Regionale Rüstungskontrolle

Nach der Auflösung der Sowjetunion hat die Ukraine alle Nuklearwaffen im Land vernichtet und ist 1994 dem Nichtverbreitungsvertrag beigetreten. Nach der Annexion der Krim durch Russland wuchs die Befürchtung, die Ukraine könnte die nukleare Aufrüstung anstreben. Die ukrainische Regierung erklärte jedoch mehrfach, dass die Ukraine frei von Nuklearwaffen bleiben soll.

Die Ukraine ist Mitgliedsstaat des Vertrags über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE). Der Vertrag entstand im November 1990 vor dem Hintergrund des Endes des Kalten Krieges und legt Obergrenzen für die Anzahl schwerer Waffensysteme, welche im Vertragsgebiet stationiert werden dürfen, fest. In Folge der Unterzeichnung wurden in den teilnehmenden Staaten mehr als 50.000 Waffensysteme zerstört. Insbesondere

durch den Austritt Russlands aus dem Vertragsverbund im Jahr 2007 wird die Wirksamkeit des KSE-Vertrages jedoch in Frage gestellt.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

Im März 2014 setzte der Ständige Rat der OSZE die zivile Sonderbeobachtungsmission „Special Monitoring Mission (SMM) to Ukraine“ ein. Die Mission ist mit ihrem Hauptsitz in Kiew und Teams an Beobachter*innen in den Gebieten Iwano-Frankiwsk, Lemberg und Czernowitz (Westukraine) sowie Cherson, Donezk, Dnipro, Luhansk und Odesa (Südostukraine) vertreten. Die SMM soll durch ihre Präsenz Spannungen verringern und durch ihre täglichen Lageberichte zu Transparenz und damit zur Stabilisierung beitragen. Außerdem hat sie die Aufgabe, die Einhaltung der Waffenstillstandsabkommen sowie des Abzugs schwerer Waffen zu beobachten. Im März 2020 hat der Ständige Rat der OSZE das Mandat der SMM erneut um ein Jahr bis Ende März 2021 verlängert; im März 2021 wurde das Mandat erneut um ein Jahr verlängert. Im Dezember 2020 waren rund 720 internationale Beobachter*innen aus 44 OSZE-Staaten in der Ukraine stationiert, darunter auch 29 Deutsche.

Gefahr von Technologiepiraterie

Laut einer Studie der Business Software Alliance (BSA) betrug die Piraterie-Rate von Software in der Ukraine 80 Prozent im Jahre 2017 und ist damit im Vergleich zu den Vorjahren nur geringfügig gefallen (2015: 82 Prozent, 2013: 83 Prozent). Im Vergleich zu anderen Staaten der Region weist die Ukraine einen sehr hohen Wert auf. Der finanzielle Schaden belief sich 2017 auf 108 Millionen US-Dollar (2015: 129 Mio. USD).

Quelle: Business Software Alliance (BSA), Global Software Piracy Study 2018

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 13

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Beigetreten	http://www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Beigetreten	http://www.icao.int

Abkommen	Status	Quelle
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Die Ukraine ist bis heute kein unmittelbares Ziel transnationaler Terrorgruppen. Das Land hat alle wichtigen Anti-Terrorismus-Konventionen unterzeichnet und betreibt aktiv die Verhinderung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen, die in die Hände von Terrorist*innen gelangen könnten.

Internationale Kriminalität

Tabelle 14

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Organisierte Kriminalität ist ein großes Problem in der Ukraine. Laut einem Bericht des World Economic Forum vom November 2017 zählt die Ukraine zur Gruppe der Länder mit einem hohen Niveau an organisierter Kriminalität. Insbesondere der Drogen- und Zigarettenhandel floriert; zusätzlich begünstigt durch die gewaltsam ausgetragenen Konflikte im Osten des Landes und die damit verbundene Destabilisierung des Landes. Ein weiteres Problem, mit dem die Ukraine zu kämpfen hat, ist der anhaltende Menschenhandel. Das Land hat sich zu einem wichtigen Transitort für Menschenschmuggel entwickelt.

Tabelle 15

Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegzeiten von 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

UN-Berichterstattung

Die Ukraine übermittelt recht regelmäßig Angaben im Rahmen des UN-Waffenregisters zu Rüstungsimporten und -exporten. So hat sie in den Jahren von 2016 bis 2019 jedes Jahr einen Bericht abgeliefert.

Unerlaubte Wiederausfuhr

Das Gesetz von 2003 „On State Control over International Transfers of Military and Dual-use Goods“ ist die rechtliche Basis für die Exportkontrolle von Rüstungsgütern und Waffen. Das Gesetz beinhaltet drei zentrale Elemente, die den Prozess bei Rüstungsexportentscheidungen leiten sollen: a) Die Anerkennung der internationalen Bemühungen bei Nichtverbreitung; b) Harmonisierung der ukrainischen Prozesse und Strukturen im Hinblick auf internationale Normen und Standards; und c) Kooperation mit Staaten und internationalen Organisationen zur Stärkung der internationalen Sicherheit und Stabilität. In den Entscheidungsprozess einbezogen sind neben dem*der Präsident*in auch der*die Verteidigungs- und Außenminister*in, die Direktor*innen der Geheimdienste sowie der*die Direktor*in des größten staatlichen Rüstungsunternehmens Ukrspetsseksport, das mit Exportgeschäften beauftragt ist.

Die Ukraine gilt als Ursprungsland vieler illegaler Waffentransfers, auch an bewaffnete Akteure in unterschiedlichen Konflikten in Afrika, Osteuropa, Mexiko und dem Nahen Osten. Laut ukrainischen Zeitungsberichten gelangten rund 500.000 Waffen seit dem Beginn des Konflikts im Donbass im April 2014 auf den ukrainischen Schwarzmarkt, darunter Gewehre, Maschinengewehre und Pistolen. Die größten Quellen dieser Waffen waren sowjetische Bestände sowie Ausrüstung, die von Separatist*innen zurückgelassen wurde. Darüber hinaus wurden Berichte bekannt, denen zufolge Waffen, die die Ukraine nach Deutschland schickt, in den Händen von syrischen Rebell*innen landen könnten und dort für „verdeckte Operationen“ verwendet werden. Das Auswärtige Amt hat auf eine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag eingeräumt, dass der ukrainische Staatskonzern Ukroboronprom halbautomatische Gewehre des Typs SKS Simonow in die Bundesrepublik geliefert habe. Die Außenexpertin der Linken, Sevim Dagdelen, kriti-

siert, dass Berlin den Verdacht nicht ausräumen könne, dass diese Waffen an islamistische Gotteskrieger*innen weitergegeben worden seien, um einen Regimewechsel in Syrien zu begünstigen. Die Jamestown-Foundation, ein US-amerikanischer Think Tank, geht davon aus, dass auf diesem Weg allein 2011 und 2012 etwa 54.000 Kleinwaffen nach Syrien gelangt sein könnten. Lange Zeit waren Staatsbedienstete, Militärs, Polizeiangehörige und Mitglieder des Geheimdienstes aktiv und passiv in den illegalen Waffenhandel involviert.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 11

Auszug aus dem Transformationsatlas 2020 der Bertelsmann Stiftung

Economic policies launched after the Revolution of Dignity have started to bear fruit. After the period of economic decline, the macroeconomic situation stabilized in 2017 to 2018: real GDP growth amounted to 3.3% in 2018, compared to 2.4% in 2016 and 2.5% in 2017. By the end of 2017, GDP per capita in PPP terms reached \$8,667, marking a return to the level observed in 2014. Inflation has continued to fall. Regulatory changes, which aim to improve the business environment, were introduced. These changes included the introduction of a new law on foreign currency and new corporate regulations, the adoption of a bankruptcy code, the simplification of construction industry norms, and the abolishment of the price regulation. Reform of the judiciary and efforts to tackle corruption progressed, but with significant setbacks, while agricultural land and electoral reforms de facto failed.

Quelle: <https://atlas.bti-project.org/>

Tabelle 16

Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP (in%)

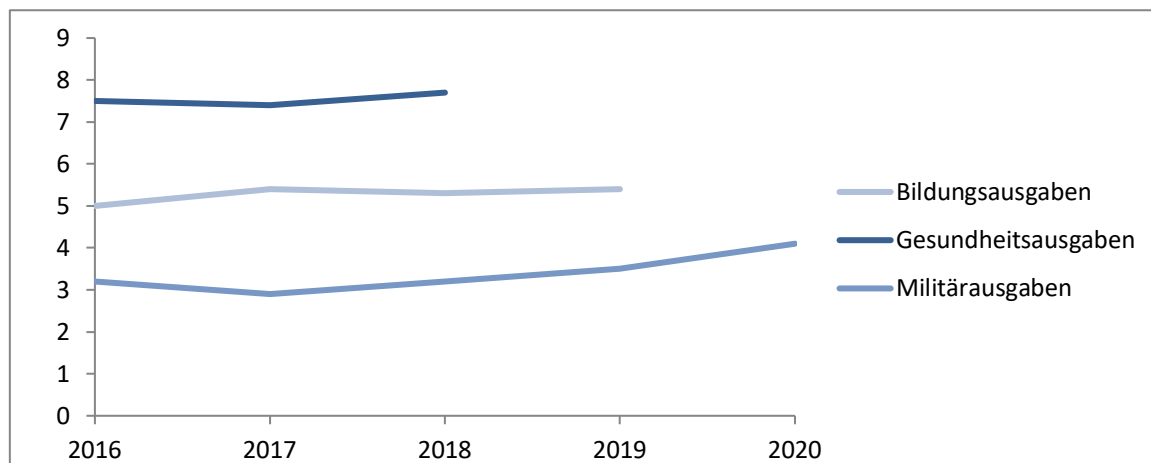
	2016	2017	2018	2019	2020
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	3990	3988	4744	5419	5995
Militärausgaben/BIP	3,2	2,9	3,2	3,5	4,1
Gesundheitsausgaben/BIP	7,5	7,4	7,7	-	-
Bildungsausgaben/BIP	5,0	5,4	5,3	5,4	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2019 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP in Prozent



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2016	2017	2018	2019	2020
Auslandsverschuldung	115004	122700	121091	123921	129899
Anteil am BIP (in Prozent)	123,2	109,4	92,5	80,5	85,7
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (DAC-ODA)*	1000,69	769,19	761,67	614,24	-
Net ODA (% of GNI)*	1,02	0,65	0,58	0,39	-
Deutsche ODA Zahlungen*	186,92	209,3	227,05	205,1	-

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2019); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2019).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 18

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

	2016	2017	2018	2019	2020
Militarisierungswert	266	259,8	266,9	275	305,3
Index-Platzierung	24	25	20	19	16

Tabelle 19

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten

		2016	2017	2018	2019	2020
Belarus	Militarisierungswert	272,1	267	265,2	267,7	269,2
	Index-Platzierung	22	21	22	24	24
Polen	Militarisierungswert	209,3	208,6	214	213,1	219,2
	Index-Platzierung	49	52	49	50	50
Rumänien	Militarisierungswert	221,5	230,5	224,2	224	241,3
	Index-Platzierung	47	41	43	43	33
Russland	Militarisierungswert	381	355,7	340	343,4	353,6
	Index-Platzierung	6	9	10	9	10
Slowakei	Militarisierungswert	162,4	162,5	160,9	185,7	191,4
	Index-Platzierung	86	84	83	67	64
Ungarn	Militarisierungswert	149,3	151,1	156,1	162	176,2
	Index-Platzierung	93	90	89	84	76

Quelle: Global Militarization Index (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2021.

<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 20

Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent

		2016	2017	2018	2019	2020
Belarus	Militärausgaben (absolut)	668	642	730	774	785
	Militärausgaben/BIP	1,3	1,1	1,2	1,2	1,3
Polen	Militärausgaben (absolut)	10007	10233	11591	11786	12815
	Militärausgaben/BIP	1,9	1,9	2,0	2,0	2,2
Rumänien	Militärausgaben (absolut)	2793	3789	4214	4613	5579
	Militärausgaben/BIP	1,4	1,7	1,8	1,8	2,3
Russland	Militärausgaben (absolut)	80027	64848	62404	65201	66838
	Militärausgaben/BIP	5,4	4,2	3,7	3,8	4,3
Slowakei	Militärausgaben (absolut)	1083	1102	1262	1803	1778
	Militärausgaben/BIP	1,1	1,1	1,2	1,7	1,8
Ungarn	Militärausgaben (absolut)	1358	1473	1721	2051	2463
	Militärausgaben/BIP	1,0	1,0	1,1	1,3	1,6

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2019). Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21

Human Development Index (HDI)

	2015	2016	2017	2018	2019
HDI-Wert	0.765	0.768	0.771	0.774	0.779

Quelle: <http://hdr.undp.org/en/indicators/137506>

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen.

Kommentar

In den 1990er Jahren war die Wirtschaft der Ukraine vom Zerfall der Sowjetunion gezeichnet. In den 2000er Jahren verzeichnete das Land zwar ein stetiges Wirtschaftswachstum und mit der Privatisierung staatlicher Unternehmen war der Wandel zu einer Marktwirtschaft zunächst gelungen. Allerdings litten bestimmte Bevölkerungsgruppen weiterhin unter erheblicher Armut und Reformen im Bildungs- und Gesundheitssektor blieben weitgehend aus. Wichtige Reformen blieben auch im Agrarsektor oder im Justiz- und Verwaltungsbereich aufgrund der innenpolitischen Instabilität sowie der durch

wirtschaftliche Interessen von Einzelakteuren dominierten Politik aus. Korruption und veraltete Strukturen sind immer noch ein massives Problem.

Insbesondere der bewaffnete Konflikt im Osten des Landes trifft die Wirtschaft. Im Februar 2014 drohte der Ukraine der Staatsbankrott. Auch 2015 ging die Wirtschaftsleistung deutlich zurück. Erst ab 2016 stabilisierte sich die Wirtschaft wieder mit einer Wachstumsrate von über zwei Prozent; 2018 konnte sogar ein BIP-Wachstum von 3,3 Prozent erreicht werden. Die Reformen, die nach dem Regimewechsel 2014 eingeleitet wurden – hierzu gehört unter anderem die Einführung neuer gesetzlicher Regelungen für Unternehmen, ein neues Insolvenzrecht und die Abschaffung der Kursregulierung –, scheinen Früchte zu tragen.

Der andauernde Gewaltkonflikt im Osten der Ukraine hat zu einer deutlichen Steigerung der Militarisierung des Landes geführt, sodass das Land heute zu den am höchsten militarisierten Staaten weltweit zählt. Die Militärausgaben, gemessen als Anteil des Bruttoinlandproduktes, stieg beispielsweise seit dem Jahr 2010 von 1,9 auf zuletzt 4,1 Prozent (oder in absoluten Zahlen: von etwa 2,2 Mrd. auf rund 6 Milliarden US-Dollar). Die Anzahl des militärischen und paramilitärischen Personals wurde deutlich vergrößert; die bestehenden Großwaffensysteme umfassend modernisiert. Im Ranking des Globalen Militarisierungsindex des BICC belegt das Land für das Jahr 2020 daher Platz 16 von 151 Staaten – 2012 belegte das Land noch den 47. Platz.